Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Montag „Zeitgeist", Mittwoch „Technische Rundschau", Donnerstag und Sonntag „Der Welt-Spiegel", Freitag illustriertes Witzblatt „ULK", Sonnabend „Haus Hof Garten"; täglich „Sportblatt". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 7,20 M. exkl. Zustellungsgebühr, Ausland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatlich 2,50 M., vierteljährlich 7,50 M. frei ins Haus. Unter Kreuzband monatlich für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6 M., fürs Ausland 10 M., bei täglich einmaliger Zustellung 8 M. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Straße 46-49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10181–10142, für den Fernverkehr Nr. 14207–14209), und den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile 1 Mark u. 30% Zuschlag. Familien-Anzeigen u. 20% Zuschlag. Stellen-Gesuche ohne Zuschlag. Inseraten- u. Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Str. 46-49, und deren Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 38; Zimmerstr. 89; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Rathenower Str. 8; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Gr. Frankfurter Str. 101; Frankfurter Allee 320; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1-6; Greifswalder Str. 197; Fennstr. 1; Badstr. 55; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 39, Nürnberger Str. 25/26; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee: Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 10; Schöneberg: Hauptstr. 23/24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 90; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 98/99. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Steinstr. 1; Frankfurt a. d. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 348
46. Jahrgang

Mittwoch
11. Juli 1917

Der Kronrat und die innerpolitische Neuordnung.

In mehreren Berliner Blättern wurde gestern abend die Stellung des Reichskanzlers als so schwer erschüttert geschildert, daß der Eindruck entstehen konnte, an ein Verbleiben des Herrn v. Bethmann Hollweg im Amte sei nicht mehr zu denken. Wir haben schon gestern gesagt, daß wir diese Auffassung für unbegründet hielten, und wir möchten heute sagen, daß uns im Gegenteil alles auf eine vorläufige Beseitigung der eigentlichen Kanzlerkrisis hinzudeuten scheint. Um es noch mehr zu betonen: wir glauben, daß Herr v. Bethmann Hollweg, der sich durch das Vertrauen des Kaisers gestärkt fühlt, gegenwärtig nicht von seinem Posten zurücktreten wird. Er wird einige preußische Minister, die gegen die sofortige Einbringung der Wahlrechtsvorlage und gegen ein gleiches Wahlrecht sind, durch andere Persönlichkeiten ersetzen, wird im Reiche zwei oder drei Staatssekretäre — sicher Herrn Zimmermann, vielleicht auch, mit schwerem Herzen, Herrn Helfferich — gehen lassen, oder ihnen ein verändertes Arbeitsgebiet zuweisen, wird die Wahlrechtsreform noch für diesen Herbst ankündigen und wird sich bereit erklären, die Reichsregierung zu „parlamentarisieren", den Reichstag mehr als bisher an der Führung der Geschäfte zu beteiligen. Wir nehmen an, daß diese „Parlamentarisierung" nur sehr entfernt der Neugestaltung ähneln wird, die wir, zur Befestigung der inneren Verhältnisse, zur Teilung der Verantwortung und zur Beschleunigung des Friedensschlusses für notwendig halten.

Der Kronrat, der vorgestern abend unter dem Vorsitz des Kaisers im Reichskanzlerpalais stattfand, war zweifellos ein historischer Akt von ganz ungewöhnlicher Bedeutung. Die Einladungen waren für acht Uhr ergangen, und der Kronrat dauerte bis kurz vor elf. Anwesend waren außer dem Kaiser und dem Reichskanzler alle Staatssekretäre und alle preußischen Minister. Die Mitteilung eines rechtsliberalen Berliner Blattes, daß auch der preußische Ernährungskommissar Dr. Michaelis und der General Groener, der Chef des Kriegsamtes, am Kronrat teilgenommen hätten, ist unrichtig; diese beiden Herren waren gemeinsam mit Herrn v. Batocki und den Bundesratsbevollmächtigten Bayerns, Sachsens und Württembergs zu der Abendgesellschaft geladen, die sich an die Beratungen anschloß. Der Kronrat wurde, wie üblich, im Kongreßsaal abgehalten, der Kaiser präsidierte an dem hufeisenförmigen Kongreßtisch und erteilte nacheinander jedem der Teilnehmer das Wort. Es handelte sich ausschließlich um die Wahlrechtsreform, und jeder preußische Minister und jeder Staatssekretär wurde aufgefordert, seine Meinung über diese Frage darzulegen. Die Gegner der sofortigen und vollständigen Reform, die im preußischen Staatsministerium eine starke Partei bilden, entwickelten ihre Gründe, die Anhänger gaben ein Bild der Situation, die eine schnelle Inangriffnahme der Neugestaltung nötig mache. Der Reichskanzler sprach gleichfalls, für die sofortige Reform, und es scheint, daß seine Rede sehr eindrucksvoll gewesen ist. Nach dem Kronrat blieben der Kaiser, die Minister, Staatssekretäre und die drei Bundesratsmitglieder noch bis kurz vor Mitternacht im Reichskanzlerpalais, wo der Kaiser — vermutlich die vorgebrachten Gründe und Gegengründe erörternd — sich mit Herrn v. Bethmann Hollweg unterhielt.

Wenn die Frage, die uns die weitaus wichtigste dünkt — die Mitbeteiligung des Reichstags an der Regierung — nur in gänzlich ungenügender Form gelöst werden sollte, so wird das wohl mit der Haltung der Rechtsnationalliberalen entschuldigt werden, die, wie gewöhnlich, jede durchgreifende Reform verhindern. Diesen Herren kommt es höchstens darauf an, auch ihren Mann, oder ihre Männer, in ein Regierungsamt zu bringen, und wir brauchen wohl nicht zum hundertsten Male zu wiederholen, daß eine solche Ministerweihe, die dem einen oder anderen Parlamentarier zuteil würde, weder im Innern noch nach außen irgendeinen Eindruck machen, keine sachliche Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes bedeuten und die Verstimmung, deren Vorhandensein man konstatiert hat, nicht beseitigen könnte. Es würde dem Mann im Volke zweifellos sehr gleichgültig sein, wenn er hören würde, der Abgeordnete Y sei nun Minister geworden, und wir wollen nicht glauben, daß ein wirklich unabhängig empfindender Parlamentarier ein Ministeramt annehmen möchte, das ihm, wie jedem Beamten, ohne Zustimmung des Reichstags wieder entzogen werden würde. Die Beteiligung von Parlamentariern an der Regierung hat nur dann einen Wert, wenn diese Regierung dem Parlamente verantwortlich ist, die Ansicht der Parlamentsmehrheit vertritt und in ihrem Dasein nicht von Entschlüssen, die außerhalb der Volksvertretung allmählich reifen oder ganz plötzlich gefaßt werden, abhängig ist. Die Rechtsnationalliberalen, die am weitesten von dieser wirklich parlamentarischen Auffassung entfernt sind, haben einstweilen ja auch wieder die Einigung über die Kriegsziel- oder Friedensformel vereitelt. Man wird hoffentlich recht schnell einsehen, daß mit diesen schwerindustriellen Politikern ein nützliches Resultat überhaupt nicht zustande zu bringen ist, daß die Stellung des Reichstages durch sie empfindlich geschwächt wird, und er wird — auch das ist zunächst eine Hoffnung — ohne diese Elemente vorwärtsschreiten.

Dieses ganze Situationsbild ist nicht sehr erfreulich und nicht dazu angetan, die Erwartung zu erwecken, daß aus dieser Krisis, der Juli-Krisis, mit einem Schlage eine Neuordnung der Dinge hervorgehen wird, die das Reich vor weiteren inneren Krisen bewahren könnte. Auf der einen Seite die Regierung, die, von der Wahlrechtsfrage abgesehen, starken Lösungen, einer Teilung der Macht und der Verantwortung, vorläufig noch ausweicht, und auf der anderen Seite der Reichstag, in dem drei große Parteien, Zentrum, Fortschrittliche Volkspartei und Sozialdemokratie, von den besten Absichten beseelt, geschlossen auftreten, die widerstrebende Gruppe in der nationalliberalen Partei aber bei jedem Schritt neue Hindernisse schafft. Man sollte auf beiden Seiten nicht aus den Augen verlieren, daß nach dieser großen Aktion ein unbefriedigendes, halbes Ergebnis in hohem Maße enttäuschend und schädlich wirken müßte. Wenn man nicht nach der Julikrisis immer wieder neue Krisen, und schärfere, erleben will — und wer könnte das in dieser Kriegszeit wollen? — dann muß man in der gegenwärtigen Stunde nicht ein Viertelchen, nicht die Hälfte des Notwendigen, sondern das Ganze tun.

*

Der Reichskanzler beim Kaiser.

Berlin, 10. Juli. (W. T. B.)

Der Kaiser hörte heute vormittag die Vorträge des Reichskanzlers, des Ministers des Inneren v. Loebell, des Chefs des Zivilkabinetts v. Valentini und die militärischen Vorträge.

Berlin, 10. Juli. (W. T. B.)

Der Kaiser empfing heute vormittag den Reichskanzler zu einem mehrstündigen Vortrag.

Die Einzelkämpfe an der französischen Front.

Amtlich. Berlin, 10. Juli, abends.

Im Westen und Osten keine besonderen Ereignisse.

*

Berlin, 10. Juli. (W. T. B.)

Die deutsche Artillerie beantwortete am 9. Juli in Flandern wirksam das verstärkte feindliche Feuer und führte mit erkennbarer Wirkung mehrfach Zerstörungsschießen gegen feindliche Artillerie- und Infanteriestellungen durch. Bei der Beschießung von Zielen in Armentières gerieten Fabriken in Brand. An der Arrasfront griff am vormittage des 9. Juli eine starke feindliche Erkundungsabteilung nach halbstündigem heftigen Feuerüberfall unsere Gräben östlich Loos und unsere Vorposten nördlich des Souchezbaches an, mußte sich jedoch in unserem Feuer unter Verlusten zurückziehen. Nördlich Aubert und an der Bahn Arras—Douai wurden gegen Morgen feindliche Patrouillen abgewiesen, ebenso eine starke Erkundungsabteilung, die in der Nacht vom 9. zum 10. Juli nördlich Fresnoy vorstoßen wollte. Im Raume von St. Quentin an verschiedenen Stellen starke Feuertätigkeit.

Während an der Aisnefront am 9. Juli im allgemeinen Ruhe herrschte und die Franzosen nur südlich Cerny seit dem frühen Morgen heftig feuerten, verstärkte sich in der Nacht zum 10. Juli die feindliche Artillerietätigkeit auf der ganzen Front beiderseits Cerny. Ein 9 Uhr abends gegen unsere Stellungen östlich Cerny vorbrechender französischer Angriff scheiterte völlig. Ebenso ein Vorstoß, den die Franzosen 11 Uhr 30 Minuten abends gegen unsere Stellungen südlich Courtecon unternahmen. In der Nacht zum 10. Juli, 2 Uhr 20 Minuten morgens, wurde eine starke feindliche Patrouille in der Gegend der Mennejean Ferme abgewiesen.

In der Westchampagne bei regnerischem Wetter tagsüber schwache Gefechtstätigkeit. Erst gegen Abend und in der Nacht lebte das Artilleriefeuer nördlich Reims auf und wurde besonders östlich Reims und in der Gegend von Prosnes ziemlich lebhaft. Ein Handstreich nahe der Straße St. Hilaire und St. Souplet, von dem der Eiffelturm spricht, ist nicht erfolgt.

An der Ostfront lebte die feindliche Gefechtstätigkeit an verschiedenen Abschnitten auf. In der Gegend von Brzezany und Zborow ermattete das feindliche Feuer, während unsere Batterien wirksame Beschießungen durchführten. In Kozowa wurden starke Explosionen mit zerstörender Wirkung beobachtet. Im Gebirge war die Artillerietätigkeit mäßig. An mehreren Stellen wurden feindliche Patrouillen abgewiesen.

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

Berlin, 10. Juli. (W. T. B.)

Der Reichskanzler empfing im Laufe des Nachmittags verschiedene Parteiführer.

*

Wie wir hören, nahmen an dieser Konferenz die Abgeordneten Spahn (Zentrum), Schiffer (Nationalliberal), v. Payer (Fortschrittliche Volkspartei) und Ebert (Sozialdemokrat) teil.

*

Wie verlautet, wird voraussichtlich noch im Laufe des heutigen Tages eine amtliche Mitteilung veröffentlicht werden. Darin wird erklärt werden, daß die Regierung geneigt sei, eine „Parlamentarisierung" unseres Verfassungslebens anzunehmen und in Preußen ein gleiches Wahlrecht einzuführen.

Die Krisis in der nationalliberalen Fraktion.

Noch immer keine Einigung unter den Parteien.

Von ½4 Uhr nachmittags ab tagte gestern im Reichstage kurz **die Konferenz der Fraktionsführer** der Mehrheitsparteien. Sehr lange dauerte eine abermalige Sitzung der Nationalliberalen. Dem Vernehmen nach handelt es sich bei all den Beratungen immer noch um die Mehrheitsentschließung über den Verständigungsfrieden. Gegen acht Uhr ging die Fraktion schließlich auseinander, ohne, wie wir hören, einen Beschluß gefaßt zu haben. Man vertröstete die anderen Parteien damit, daß man die Lösung der Kanzler- und Ministerkrisis abzuwarten gedenke. Infolgedessen fanden gestern abend keine weiteren interfraktionellen Besprechungen mehr statt. Die anderen Parteien der Linken sollen aber nach wie vor entschlossen sein, ihre Resolutionen auch ohne die Nationalliberalen vorzubringen. Wie uns von anderer Seite erklärt wird, wollen **die Nationalliberalen** für den Fall, daß es zu einer Abstimmung kommt, ihren Mitgliedern die Abstimmung über die Entschließung frei geben, so daß sich dann eine im Interesse der Klärung der Lage unbedingt erfreuliche **Absonderung der Annexionisten in der Partei** von dem Rest der Fraktion in aller Oeffentlichkeit vollziehen müßte. Zu der Mehrheit der Nationalliberalen würde sich ferner im Falle einer Abstimmung mit Wahrscheinlichkeit übrigens auch ein großer Teil der **Deutschen Fraktion** gesellen.

Man nimmt an, daß der **Reichstag** sich heute wahrscheinlich alsbald versammeln wird, ohne in die sachlichen Beratungen einzu-

treten. Nur rechnet man neuerdings mit einer **Obstruktion der Konservativen,** die nach den Andeutungen ihrer Presse beabsichtigt hätten, auch wenn die große politische Debatte morgen zunächst unterbleiben muß, auf alle Fälle die Abstimmung über den neuen Kriegskredit zu verlangen, offenbar in der Absicht, damit einen Keil in die neue Mehrheit der Linken zu treiben, deren äußerster Flügel schwerlich geneigt sein dürfte, den Kriegskredit in diesem Augenblick einer Regierung zu bewilligen, die sich zu den Forderungen der Mehrheitsparteien noch nicht geäußert hat.

*

Von anderer Seite wird noch mitgeteilt: „Der **interfraktionelle Ausschuß des Reichstages** hat gestern nachmittag seine Beratungen über den Wortlaut der gemeinsamen Resolution, die dem Reichstag in der Friedensfrage vorgelegt werden soll, abgeschlossen. Auf Wunsch der nationalliberalen Mitglieder des Ausschusses wurde der nationalliberalen Reichstagsfraktion noch einmal Gelegenheit gegeben, sich über diese Resolution zu entscheiden. Diese Entscheidung wird noch im Laufe des Dienstag erwartet. Dann wird das weitere Vorgehen im Plenum festgestellt werden.

*

Der Führer der nationalliberalen Landtagsfraktion, Geheimrat **Friedberg,** ist, der „Nationalzeitung" zufolge, noch gestern nach Kissingen abgereist, wo angeblich der schwer erkrankte Reichstagsabgeordnete Ernst Bassermann, der Vorsitzende der nationalliberalen Reichstagsfraktion, zur Kur weilen soll.

*

Bei den interfraktionellen Verhandlungen, die seit einigen Tagen über die Kriegszielpolitik des Reichstages stattfinden, ist die **Fortschrittliche Volkspartei,** der „Freisinnigen Zeitung" zufolge, vertreten durch die Abgeordneten Fischbeck, Gotheim, Haußmann, Dr. Müller (Meiningen) und Payer.

Das Zentrum und der Reichskanzler.

Das führende Zentrumsorgan, die „Germania", schreibt:

„Was das Zentrum anlangt, so können wir nur wiederholen, was wir bei anderen Anlässen schon mehrfach betont haben: Das Zentrum steht dem Kanzler genau so objektiv gegenüber wie früher. Es sieht die ganze Frage nicht als eine Parteifrage, sondern als eine reine Frage der Zweckmäßigkeit und politischen Notwendigkeit an. Hieraus ergibt sich ganz von selbst, daß das Zentrum, solange die in der Schwebe befindlichen Fragen ungeklärt sind, jede Stellungnahme für oder gegen den Kanzler ablehnen muß.

Wie die Dinge augenblicklich liegen, hat **der Kanzler** nach Auffassung parlamentarischer Kreise **keinerlei Veranlassung, von seinem Posten zurückzutreten.** Er hat sich sowohl mit der in Vorbereitung befindlichen Erklärung des Reichstags im wesentlichen einverstanden erklärt, als auch sich den vom Reichstag geforderten inneren Reformen keineswegs widersetzt. Alles wird letzten Endes davon abhängen, wie die Entscheidung des Kronrates ausfällt. Fällt sie gegen die Wünsche des Reichstags und damit gegen den Kanzler aus, dann wird allerdings mit der Möglichkeit eines Rücktritts des Kanzlers zu rechnen sein; wir möchten aber vorläufig bezweifeln, daß es dazu kommt. Im übrigen können wir nur dringend raten, abzuwarten. Lange kann die Entscheidung wohl nicht mehr auf sich warten lassen."

Die ablehnende Haltung der Konservativen.

Das Hauptorgan der Konservativen, die „Kreuzzeitung", schreibt:

„Von einer Beteiligung der deutschen Fraktion an den interfraktionellen Verhandlungen über diese Dinge verlautet nichts. Die Deutsch-Konservative Fraktion ist an den Verhandlungen nicht beteiligt und wird über deren Gang, wie wir bestimmt wissen, von keiner Seite unterrichtet. Falsch ist, wenn es in der Presse heißt, sie habe ihre Beteiligung abgelehnt oder sich selbst davon ausgeschlossen. Man hat sie ausdrücklich und ostentativ nicht zugezogen. Unsere Auffassung ist folgende: Um das weniger Wichtige vorwegzunehmen, **scheint uns eine Ersetzung der Reichsregierung durch Vertrauensmänner der Reichstagsfraktionen undiskutierbar** und wir können uns nicht vorstellen, wie auch nur eine Ergänzung der Regierung in einer Weise stattfinden könnte, die mit den bundesstaatlichen Grundlagen unserer Verfassung vereinbar wäre. Ungleich bedeutungsvoller scheint uns angesichts der ungeheuren Kämpfe an unseren Fronten die **Stellungnahme zur Friedensfrage.** Wenn der tief bedauerliche Vorstoß des Abgeordneten Erzberger dazu führen sollte, daß der Reichstag aufs neue die Bereitwilligkeit Deutschlands bekundet, seinerseits die Friedenshand zu bieten, oder wenn gar dabei zum Ausdruck kommen sollte, daß der Reichstag auf den Boden der sozialdemokratischen Friedensformel trete, so würden wir das für eine schwere Schädigung des Vaterlandes halten. Der Reichstag würde damit den Kriegswillen unserer Feinde stärken, unseren tapferen Truppen in den Rücken fallen und die Lage unserer Unterhändler bei späteren Friedensverhandlungen auf das schwerste gefährden. Auch eine Resolution, die infolge unbestimmter Fassung die Möglichkeit bietet, daß einzelne der ihr zustimmenden Parteien ihr eine Auslegung im Sinne eines neuen Friedensangebotes auf der sozialdemokratischen Grundlage geben, würde uns unerträglich dünken. Was im Reichstage zum Ausdruck kommen muß, wenn die Volksvertretung der Forderung der Stunde gerecht werden will, ist das unbedingte Vertrauen, daß die Taten von Heer und Flotte es sind, die unsere Gegner zum Entschlusse von Friedensverhandlungen bringen werden. Bis das geschieht, bis Friedensverhandlungen ermöglicht werden, die die Feinde unter Verzicht auf Erwerbungen und Entschädigungen anbieten, und bei denen so die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands in Gegenwart und Zukunft gesichert werden können, steht das deutsche Volk unerschüttert und treu zu unseren Tapferen und ihren Führern. Das muß der Reichstag zum Ausdruck bringen. Wir wollen die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß sich Männer in beachtenswerter Zahl finden werden, die sich zu solcher Tat aufraffen."

Ein Protest der konservativen Reichstagsfraktion.

Es verlautet, daß die Tagesordnung der heutigen Reichstagssitzung deshalb abgeändert, die Kreditvorlage abgesetzt werden soll, weil eine Vereinbarung der Regierung mit der Linken und dem Zentrum über die innerpolitische Neugestaltung noch nicht endgültig erreicht ist. Die konservative Fraktion soll, der „Kreuz-Zeitung" zufolge, beabsichtigen, hiergegen mit der Begründung Einspruch zu erheben, daß die Entscheidung über diese Frage des wichtigsten Verteidigungsmittels unseres Vaterlandes nicht von Vereinbarungen über innerpolitische Verhältnisse abhängig gemacht werden dürfe.

Allerhand Richtigstellungen.

Amtlich. **Berlin,** 10. Juli. (W. T. B.)

Die Pressenachrichten über Vorschläge, die der Minister des Innern seiner Majestät dem Kaiser gemacht haben soll, sind, wie wir festzustellen ermächtigt sind, durchweg unzutreffend und aus der Luft gegriffen. (Ein rechtsliberales Berliner Blatt hat derartige Mitteilungen veröffentlicht. Die Redaktion.)

Wien, 10. Juli. (Meld. d. Wiener k. k. Tel.-Korr.-Bureaus.)

Die von der „Vossischen Zeitung" am 8. Juli gebrachte telegraphische Meldung aus Wien, wonach der Abgeordnete Erzberger vor einigen Tagen in Wien geweilt hätte und vom Kaiser Karl in Audienz empfangen worden sei, ist frei erfunden. Hiermit entfallen auch alle an diese Nachricht geknüpften Kommentare und Kombinationen.

*

Ferner schreibt die halbamtliche **„Norddeutsche Allgemeine Zeitung"** an der Spitze ihres Blattes: „Dem Vorgehen des „Berliner Lokalanzeigers" entsprechend verbreiten heute auch die „Berliner Neuesten Nachrichten" die Angabe, der Reichskanzler habe gestern im Hauptausschuß sein Verbleiben im Amt aus vaterländischem Interesse für notwendig erklärt. Wir stellen fest, daß diese Angabe eine reine Erfindung ist."

*

Ein Berliner Blatt meldete gestern abend, der fortschrittliche Parteiführer **v. Payer** werde vom Kaiser empfangen werden und zwar auf Vorschlag des Reichskanzlers, „dessen politischer Vertrauensmann Herr v. Payer bekanntlich sei." Die Tendenz dieser Meldung ist durchsichtig. Wenn Herr v. Payer zum Kaiser geladen werden sollte, würde er, wie wir hören, nicht als Vertrauensmann der fortschrittlichen Volkspartei, sondern als Vertrauensmann der sämtlichen Mehrheitsparteien dieser Einladung folgen.

*

Von den zu erwartenden Neubesetzungen steht, sobiel wir wissen, bisher diejenige ziemlich fest, die den Posten des **Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes** betrifft. Der Posten dürfte mit einem Diplomaten besetzt werden, der das Deutsche Reich im Auslande vertritt. Herr Zimmermann dürfte im diplomatischen Dienst verbleiben.

Bayerische Blätterstimmen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

München, 10. Juli.

Der Verlauf der Krise wird in Bayern mit außerordentlicher Spannung verfolgt, die nicht nur in rein politischen Kreisen zum Ausdruck kommt. Im allgemeinen erkennt die Presse jetzt die Notwendigkeit einer sofortigen und völligen Parlamentarisierung an. Zutreffend bemerken heute die „Münchner Neuesten Nachrichten" zu der augenblicklichen Situation folgendes: „Wir möchten keinen Zweifel darüber lassen, daß **die bloße Berufung einer Anzahl von Parlamentariern in einige mehr oder weniger wichtige Stellungen weit entfernt davon ist, die Parlamentarisierung zu sein.** Insofern diese Berufungen allerdings nach der Anhörung der Meinung der Parteien erfolgen, könnte sie wenigstens als Anfang vom Ende des bureaukratischen Systems betrachtet werden. Man muß sich aber klarmachen, daß wir von einer gründlichen Lösung der Krise bisher weit entfernt sind."

Die Münchener Zentrumspresse, die seit langem im alldeutschen Fahrwasser segelt, billigt nicht voll das Vorgehen Erzbergers. Ueber das sie sich übrigens aus parlamentarischen Kreisen mitteilen lasse, Erzberger habe vorher einem Parteifreunde und dem Vorstand der Fraktion Mitteilung gemacht. Besonders spricht diese Presse ihre Befürchtung gegenüber einem Scheidemannschen Verzichtfrieden aus.

Das Echo im Auslande.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Haag, 9. Juli.

Die holländische Presse bringt der Krisis im deutschen Reichstage sehr großes Interesse entgegen und legt ihr sehr viel mehr Gewicht bei als allen vorangegangenen Auseinandersetzungen über die innerpolitische Neuerung. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" glaubt, daß es sich in der Tat um große Ereignisse handle. Die Aufregung sei so stark, weil man ein energisches Auftreten der parlamentarischen Parteien in Deutschland nicht gewohnt sei. Das Blatt schließt: „Wenn auch die Sache ohne Resultat bleiben sollte oder nur ein paar kleine Zugeständnisse an die Unzufriedenen erfolgen, auf die Dauer wird es so nicht weitergehen. Man hat es hier zu tun mit den ersten Anfängen einer Bewegung, die sich nicht notwendig in Gewalttaten zu äußern braucht."

„Handelsblad" schreibt: „Weil die Regierung das eine wollen muß oder das andere und nicht zugleich mit den Sozialdemokraten und den Alldeutschen, mit der Friedenspartei und der Kriegspartei gut Freund sein kann, so muß eine Entscheidung fallen. Die nächsten Tage werden für Deutschland von durchschlagender Bedeutung sein. Bei den Konferenzen, die bevorstehen, wird ein hohes Spiel gespielt. Es geht um den Aufstieg oder den Niedergang und die Zukunft des Deutschen Reiches und damit Europas. Der Beginn der innerpolitischen Neuordnung in Deutschland kann mehr als irgendetwas anderes zur Beförderung des Friedens beitragen.

„Nieuws van den Dag" erklären die Berliner Ereignisse für weitaus die wichtigsten im bewegten Europa. Außerhalb Deutschlands dürfe man, was geschehe, weder über- noch unterschätzen. Die Gesamtrichtung der deutschen Politik könne sich aber nicht von heute auf morgen ändern. Von Revolution sei nicht im entferntesten eine Spur.

Das sozialistische „Het Volk" endlich sagt, daß die Sozialdemokraten nicht eigentlich ein Ultimatum gestellt haben. Darin habe ein offiziöses Telegramm vielleicht recht. Aber das mindere nicht die Bedeutung aller übrigen Nachrichten, die Holland erreichen.

Rotterdam, 10. Juli.

Aus London wird gemeldet: Die Blätter widmen den politischen Ereignissen in Deutschland besondere Aufmerksamkeit. Selbst die Erregung gegen die Regierung wegen des letzten Luftangriffes rückt dadurch in den Hintergrund. Im allgemeinen meint man, man solle die Ereignisse mit Interesse verfolgen, aber sich unedler Kommentare enthalten.

Stockholm, 10. Juli. (E. K.)

Die innerpolitische deutsche Krise wird von der schwedischen Presse mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Die Blätter, die ausführliche Berichte ihrer Berliner Korrespondenten über die Entwicklung der innerpolitischen Lage bringen, stellen naturgemäß die Friedensbestrebungen gegenüber der angestrebten innerpolitischen Erneuerung in den Vordergrund. „Svenska Dagbladet" erklärt, die Vorgänge im Reichstag seien von der allergrößten politischen Bedeutung. Der Wunsch der Mehrheitsparteien, einen Verständigungsfrieden herbeizuführen, müsse den größten moralischen Eindruck machen und in der ganzen Welt Beachtung finden.

Züricher Novellen.

Von [Nachdruck verboten.]

Max Hochdorf (Zürich).

Neulich lag in einem der Züricher, jetzt ungeheuer übervölkerten Mietshäuser ein schönes Mädchen tot, ermordet. Als die Polizei kam, fand sie neben dem Leichnam zwei Männer. Der eine Jüngling war der Mörder des Mädchens; er hatte die geballte Faust noch nicht vom Revolver gelöst. Der zweite war der verzweifelt weinende Geliebte des Mädchens, der heimliche Geliebte. Denn der andere hatte die Gunst dieses Mädchens öffentlich besessen, die Liebenden überrascht, die Ungetreue erschossen. Das geschieht jeden Tag und auf der ganzen Welt. Doch nur in Zürich geschieht es heute, daß die Ermordete eine Wienerin ist, der Verzweifelte ein holländischer Halbneger und der Mörder ein Argentinier. Alle Novellen des schäbigen Alltags werden heute in Zürich von Menschen aller nur möglichen Länder gespielt. Nur in Zürich gibt es heute noch die wahren Kosmopoliten, nicht mehr in Paris, nicht in London, nicht in Berlin. Darum erzählen wir noch so schnell und so kurz, wie es die Papiernot verlangt, die wichtigsten der neuen „Züricher Novellen".

Ein indischer Prinz kam nach Zürich, um die Mädchenschulen zu studieren. Er entdeckte, daß es besonders lehrreich sei, die Versammlungsorte der jüngeren Damen in den Abendstunden von 8 bis 12 Uhr zu studieren. Indische Prinzen sind heute noch reicher als in Friedenszeiten. Weshalb es nicht seltsam ist, daß ein belgischer Cellist und ein serbischer Kellner bald von Staatswegen eingeriegelt, und viel Schmuck und kostbares Geld vermißt wurden. — Ein italienischer Kunstpfeifer, der im Café nur Berlinisch redete, entzückte im Tingeltangel jeden Abend durch das Miserere aus dem „Trobadour", das himmlisch seinen genialen Lippen entquoll. Da hörte ihn ein amerikanischer Millardär. Seien wir ganz genau: ein wirklicher und kein Märchenmilliardär! Er war so entzückt, daß er den Kunstpfeifer zu seinem Pfeiflehrer anstellte. Da Friedrich der Große seinen Flötenlehrer liebte, kann sich heute ja ein Milliardär seinen Pfeiflehrer halten. Der Pfeifer ist der Freund des Milliardärs geworden. Und was immerhin nicht ganz gewöhnlich ist: der Milliardär ist ein hochbegabter Pfeifschüler geworden. Er hat Frau und Kinder auf die Reise nach der Schweiz mitgenommen, aber, nachdem er den Kunstpfeifer kennen gelernt hat, pfeift er auf alles andere. Vielleicht gibt es also bald einen Milliardär, der im Tingeltangel dem Publikum etwas vorpfeift. Das wäre doch wirklich eine Merkwürdigkeit.

Noch merkwürdiger freilich ist jener ungarische Zahnarzt, der einer französischen Dame ein herrliches Gebiß (vollständig und nachts in einem Kristallglas aufzubewahren) baute. Die Dame zahlte jedoch nicht. Sie wollte eben in den Zug steigen, als der Zahnarzt sie erwischte, sich mit der sehnigen Linken beim Nacken faßte, seine rechte Faust in ihren Mund preßte, und die Perlenzähne, die nicht bezahlt waren, in die Tasche steckte. Nach einigen Tagen erhielt er eine Vorladung wegen Beleidigung, verbunden mit Körperverletzung. Diese Novelle könnte ein moderner Dichter weiter ausarbeiten. Doch sie muß abgeschnitten werden, damit der Papiernot Gerechtigkeit geschieht.

Denn schon schwankt (wörtlich schwankt) von Fett überlastet, mit Hängebacken und Hängebauch versehen, mit einem roten Fes gekrönt, ein Sultan heraus, dessen Name aus hochpolitischen Gründen nicht genannt werden darf. Der Sultan hat einen seiner treuesten Diener nicht bezahlt. Der Diener ist seinem Herrn nach Zürich gefolgt und klagt, daß Seine Majestät mit Orden und Titeln geschachert habe wie im orientalischen Basar ein Krämer mit Opiumtschibuks oder Staubsandalen. Seine Majestät behauptet, daß Ludwig XIV. und Ludwig XV. das gleiche getan haben, und daß beide trotzdem unsterblich geworden sind. Man zerbricht sich jetzt den Kopf, ob die Majestät überhaupt nach Schweizer Recht gerichtet werden darf, ob sie nicht mit jenem Worte bezeichnet werden muß, das die meisten Menschen nicht ohne Stottern aussprechen können, weil sie nur einen Mund und keine Kaffeemühle zum Reden haben; es ist das Wort „Exterritorial". — — —

Neulich saßen um ein Schachbrett der Sultan, der Rajah, der Kunstpfeifer, der Milliardär, der Zahnarzt und der verzweifelte holländische Liebhaber, der sein schwer enttäuschtes Herz jetzt durch die Subventionierung einer kreolischen Tänzerin ausheilt. Während alle sechs Herren darüber nachdachten, wie ein schwarzer Springer einen weißen Turm holen könne, wurden sie von einem berühmten Schauspieler beobachtet. Der Schauspieler erschrak fast bei der Entdeckung, daß alle die sechs Herren sich ungeheuer ähnelten, als wenn sie Brüder des gleichen Vaters wären. Da kam der serbische Kellner, den der Untersuchungsrichter nicht behalten hatte, mit dem Kaffee und der Limonade, und siehe, auch er ähnelte vollkommen den Schachspielern. Da musterte der Schauspieler, einer Gewohnheit und einer hohen Pflicht folgend, im Spiegel sein Gesicht, und siehe, auch er ähnelte den sieben Männern. Da beschloß er, niemals mehr für die Bühne Maske zu machen und alle Menschen, die Mörder und die Heiligen, die Narren und die Weisen, nur noch mit seinem eigenen Gesicht zu spielen.

Die Gesellschaft zur Förderung junger Dramatiker, die von Max Reinhardt ins Leben gerufen wird, ist soweit gediehen, daß im Herbst mit den Vorstellungen begonnen werden wird. Der Mitgliedsbeitrag, dessen endgültige Höhe noch nicht feststeht, wird in jedem Falle so bemessen sein, daß weite Kreise Gelegenheit haben werden, den für die Gesellschaft veranstalteten Aufführungen beizuwohnen. Bis zur Errichtung einer Geschäftsstelle sind Werke an das Deutsche Theater zu senden, ebenso werden dort Gesuche um Aufnahme in die Gesellschaft entgegengenommen.

Theater im Reich. Das Waldtheater in Oybin bei Zittau ist auch in diesem Sommer eröffnet worden. Die erste Vorstellung brachte Schönherrs „Volk in Not". Es sollen ferner gegeben werden: „König Ödipus" von Sophokles, „Wenn der junge Wein blüht" von Björnson, Kleists „Zerbrochener Krug" und Scribes Lustspiel „Damenkrieg". — „Der siebente Tag", Lustspiel in drei Akten von Rudolph Schanzer und Ernst Welisch, fand im Dresdener Zentraltheater eine sehr freundliche Aufnahme. — Eine neue Waldbühne hat Wilhelm Röntz in Frankfurt a. O. mit Goethes „Iphigenie" eröffnet. — Werner Eich-Kepich vom königlichen Deutschen Landestheater in Prag wurde von nächster Spielzeit an auf 5 Jahre dem Schauspielhaus in Frankfurt a. M. verpflichtet. — Das Harzer Bergtheater in Thale hat das Werk „Ernte", ein ernstes Spiel in 4 Bildern von Ernst Ferd. Neumann in Dresden, zur Uraufführung für den 22. Juli angenommen.

Theaterchronik. Frank Wedekinds neues Schauspiel „Herakles" ist von Max Reinhardt für das Deutsche Theater zur Aufführung erworben worden. Das Werk wird als eine der ersten Einstudiernugen der kommenden Spielzeit mit Paul Wegener in der Titelrolle in Szene gehen.

Das Residenztheater bereitet als nächste Novität das Schauspiel „Die Verhüllte" von Alfred Fekete vor. Der Tag der Erstaufführung hängt von der Entscheidung der Zensurbehörde ab.

Das Metropoltheater wird Ende September im Herrnfeld-Theater ein längeres Gastspiel mit der „Csardasfürstin" geben.

„Finale", ein Schauspiel in drei Akten von A. Bernstein-Sawersky, ist von Direktor Robert zur Aufführung in der kommenden Spielzeit für das Residenztheater erworben worden.